

insgeheim offensichtlich vom indonesischen Militär unterstützt wurden.

Als es im November 1975 zu Unruhen auf Osttimor kam, die möglicherweise mit Hilfe des indonesischen Militärs inszeniert worden waren, entsandte Jakarta am 7. Dezember 1975 Truppen und gliederte die Insel 1976 als 27. Provinz in die Republik Indonesien ein, woraufhin Portugal seine diplomatischen Beziehungen zu Jakarta abbrach. Auch ist die Osttimorfrage seit damals Diskussionsgegenstand noch jeder Sitzung der UNO-Vollversammlung gewesen.

Seit 1979 ist es zu zahlreichen Gesprächen zwischen Indonesien und der UNO gekommen, wobei Jakarta das Ziel verfolgt, eine internationale Anerkennung seiner Osttimor-Annexion zu erlangen, zumal Jahr für Jahr hohe Summen in die Insel hineingepumpt würden, so daß sich, wie Jakarta behauptet, das jährliche Pro-Kopf-Einkommen der Inselbewohner von ungefähr 58 US\$ im Jahre 1983 auf gegenwärtig 200 US\$ erhöht habe.

Mit dem Sturz Präsident Suhartos im Mai 1998 war der Ruf nach Unabhängigkeit Osttimors noch lauter und die Gegnerschaft zwischen Unabhängigkeits- und Integrations-Befürwortern noch erbitterter geworden. In dieser politischen Krise rang sich Jakarta unter Leitung des neuen Präsidenten Habibie am 27. Januar 1999 zu dem Entschluß durch, eine Volksabstimmung über die Zukunft Osttimors zuzulassen, in der die Bevölkerung der Insel zwischen Autonomie und Unabhängigkeit entscheiden sollte. Bei der Volksabstimmung, die unter UNO-Kontrolle am 30. August stattfand, fiel das Plädoyer unzweideutig zugunsten der Unabhängigkeit aus.

All diese Vorgänge waren von China, das ja einen der fünf Sitze im Ständigen Sicherheitsrat der UNO besitzt, mit Beifall kommentiert worden.

Als „proindonesische Milizionäre“ im Gefolge des Unabhängigkeitsvotums jedoch Hunderte von Osttimoresen – und sogar UNO-Mitarbeiter – massakrierten, wobei die Militäreinheiten Jakartas passive Zuschauer blieben, geriet China in Verlegenheit. Über 20 Jahre lang hatte zwischen dem Indo-

nesien Suhartos und der VR China Gesprächsstillstand geherrscht. Was so lange gedauert hat, um wieder zusammenzuwachsen, will China durch „indiskrete“ Bemerkungen nicht gleich wieder aufs Spiel setzen – und dies, obwohl seine Sympathien offensichtlich bei der osttimoresischen Bevölkerung liegen.

Auch die in Osttimor lebenden *huaren* pflegen freundliches Einvernehmen mit der einheimischen Bevölkerung. Als die indonesischen Truppen 1975 einmarschierten, gab es unter den *huaren* Dutzende von Todesopfern.

Da der damalige Armeechef, Benny Murdani, mit einer Reihe von *huaren* der Hauptinsel Java eng zusammenzuarbeiten pflegte, kam es im Sprachgebrauch der Timoresen schon bald zu einer scharfen Trennung zwischen „Orang-Cina-Timur“ und „Orang-Cina-Jawa“. Die „Timorchinesen“ galten hierbei als Verbündete, die „Java-Chinesen“ aber als Handlanger der indonesischen Armee – und damit als Feinde. (SCMP, 30.8.99)

Was die VR China anbelangt, so hatte sie sich nicht nur von den Abstimmungsergebnissen in Osttimor, sondern auch von den Wahlen im Juni und im November 1999 klarere Verhältnisse erhofft: Im Juni fanden Wahlen zum indonesischen Parlament statt und im November soll der Präsident neu gewählt werden.

Bei den Wahlen vom 7. Juni, die von Hunderten von ausländischen Beobachtern überwacht wurden, erhielten 19 der 48 angetretenen Parteien Sitze im Parlament – nur fünf Parteien gewannen allerdings über 20 Sitze – die stärkste unter ihnen war die PDF-P (Indonesische Demokratische Kampffront) der Tochter des ersten indonesischen Präsidenten Soekarnos, Megawati Soekarno Putri, die 34% der Stimmen (154 Sitze) für sich verbuchen konnte, gefolgt von der seit 32 Jahren regierenden Golkar (22,4%/120).

Noch ist nicht klar, ob Megawati im November auch die Präsidentschaft gewinnt, da das Militär hier ein entscheidendes Wort mitreden dürfte.

Von Stabilität kann in Indonesien also noch lange keine Rede sein. Immerhin zeigt sich in der Osttimorfrage mitt-

lerweile Licht am Ende des Tunnels, da das Kabinett am 12. September beschloß, UNO-Truppen für die Überwachung des Friedensprozesses in Osttimor zuzulassen. Da dieser offensichtlich auf Habibie zurückgehende Beschluß vom Großteil des Militärs mißbilligt wurde, dürften die Chancen Habibies auf seine Bestätigung im Präsidentenamt gesunken sein. -we-

Innenpolitik

6 Informelle Sitzungen der Parteiführung in Beidaihe

Ende Juli bis Mitte August finden seit der Mao-Ära alljährlich die informellen Sitzungen der politischen Führung Chinas im Badeort Beidaihe an der Küste der Provinz Hebei östlich von Beijing statt. Während dieser Besprechungen, die unter strenger Bewachung stattfinden und über die in chinesischen Medien gewöhnlich nicht berichtet wird, werden wichtige Programm- und Personalentscheidungen unter den maßgeblichen Entscheidungsträgern diskutiert und vorgeklärt. Die in Beidaihe getroffenen Absprachen und Entscheidungen werden dann nach weiteren Feinabstimmungen gewöhnlich auf einer offiziellen Plenartagung des KP-Zentralkomitees im Herbst abschließend bestätigt.

Hongkonger Zeitschriften, die der Beijinger Zentralregierung nahestehen, haben auch in diesem Jahr Näheres über die Inhalte der Beidaihe-Sitzungen in Erfahrung bringen können. (*Guangjiaojing*, 1999/8, S.6-7 u. 34; *Jingbao Yuekan*, 1999/9, S.27-29)

Im Hinblick auf die aktuellen Turbulenzen um den Status Taiwans bekannte sich die Parteispitze einmütig zu einer harten Linie gegenüber der „Zwei-Staaten-Theorie“ des taiwanesischen Präsidenten Li Denghui (siehe hierzu die Themen und Übersichten zu Taiwan in diesem und im vorangegangenen C.a.-Heft). Auch wurde beschlossen, konkrete Planungen für militärische Operationen gegen Taiwan zu unternehmen, um den Druck auf die taiwanesischen Regierung zu erhöhen und um bei einer weiteren

Verschärfung des Konflikts sofortige Handlungsmöglichkeiten zu besitzen.

Auf dem Feld der Innenpolitik stimmten die Führungsmitglieder darin überein, die *Falun-Gong*-Bewegung von Grund auf zu zerschlagen, die Hauptaktivisten hart zu bestrafen und die Bewegung mit einer massiven Propagandakampagne vollständig zu diskreditieren. Zu diesem Zwecke wurde eine spezielle ressortübergreifende Führungsgruppe in der Parteizentrale eingerichtet. Bereits am 19. Juli waren die Spitzenfunktionäre aus den Provinzregierungen zu einer Dringlichkeitssitzung nach Beijing beordert worden, um das harte Vorgehen gegen *Falun Gong* zu erläutern. Fragen der öffentlichen Sicherheit und sozialen Stabilität spielen in den Diskussionen der Parteiführung eine zentrale Rolle mit Blick auf den 50. Gründungstag der VR China am 1. Oktober und die Souveränitätsübernahme in Macau im Dezember.

Der anhaltende Niedergang der Inlandsnachfrage und des Wirtschaftswachstums aber bildete den Hintergrund für die Diskussionen in Beidaihe über die Richtung der chinesischen Reformpolitik. Auf Initiative Jiang Zemins und Zhu Rongjis kam die politische Führung zu dem Schluß, daß auf dem kommenden ZK-Plenum im September ein weiterer Vorstoß zur Reform der Staatsunternehmen unternommen werden soll. In einem eigenen ZK-Dokument (Nr.12/1999) wurden im Juli alle Partei- und Staatsorgane auf die instabile und riskante Wirtschaftslage hingewiesen und zu vermehrten Anstrengungen in der Wirtschaftsförderung unter anderem durch eine „aktive Fiskalpolitik“ aufgefordert. Konkrete Weisungen für neue Reformmaßnahmen im Bereich der Staatsunternehmen sind jedoch erst von der im September anstehenden ZK-Plenartagung zu erwarten. -hei-

7 Zhu Rongjis Position geschwächt? - Hu Jintao als Chefkoordinator zwischen Regierung und Parteiführung

In den vergangenen Monaten hatten sich Gerüchte verdichtet, daß Ministerpräsident Zhu Rongji wegen seiner - aus der Sicht seiner Kritiker - allzu weitreichenden Konzessionen ge-

genüber den Vereinigten Staaten in der Frage des WTO-Beitritts und aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in eine schwierige politische Position geraten sei und womöglich sogar kurz vor der Abberufung stehe. Die Beijing-freundliche, ausgezeichnet informierte Hongkonger Zeitschrift *Jingbao Yuekan* (1999/9, S.29) hat nun im Detail über die Entwicklung der Position Zhus seit Juni berichtet.

Auf Anraten Jiang Zemins zog sich Zhu Rongji im Juni für eine Woche zur Behandlung von Hüftbeschwerden nach Hangzhou zurück. Während dieser Woche äußerten einige ungenannte Gegner Zhus Kritik an dessen Regierungsführung und Reformvorstößen. Jiang Zemin und andere Mitglieder des Ständigen Ausschusses des KP-Politbüros traten dieser Kritik mit Entschiedenheit entgegen: Um der politischen Stabilität willen müsse Kritik, die die Einheit der politischen Führung in Frage stellen könnte, unterbleiben. Jiang Zemin vermied es jedoch offenbar, ein dezidiert positives Urteil über die bisherige Regierungsarbeit Zhu Rongjis abzugeben.

Nach Zhus Rückkehr aus Hangzhou beauftragte die Parteiführung auf Bitten Zhu Rongjis den designierten Nachfolger Jiang Zemins an der Parteispitze - Hu Jintao - damit, die Koordination zwischen Staatsrat und KP-Politbüro in politischen Grundsatzangelegenheiten zu verbessern. Man war offensichtlich zu der Überzeugung gekommen, daß Zhus politische Vorstöße als Regierungschef einer verbesserten Abstimmung mit dem Ständigen Ausschuss des Politbüros bedürfen.

Die Zeitschrift *Jing Bao* interpretiert dieses Neuarrangement in der politischen Führung als Bestätigung der Position Zhu Rongjis. Wirklich gestärkt geht aus diesem Arrangement aber nur Hu Jintao hervor - und mit dessen Koordinationsrolle wird zugleich der direkte Einfluß der Parteispitze auf die Tätigkeit der Regierung ausgeweitet. Zhu Rongji könnte auf diese Weise der Spielraum für eigenständige Entscheidungen erheblich beschnitten werden. -hei-

8 Ethnische Minderheiten stellen nun 9% der Gesamtbevölkerung - Chinas Minderheitenpolitik als Erfolgsmodell?

Angaben der chinesischen Regierung zufolge stellen die offiziell anerkannten 55 Minderheiten-Nationalitäten in der VR China nun 8,98% der chinesischen Gesamtbevölkerung. Chinas ethnische Minderheiten haben damit ihren Bevölkerungsanteil, der Anfang der achtziger Jahre bei rund 6% und Mitte der neunziger Jahre bei rund 8% gelegen hatte, gegenüber der *han*-chinesischen Bevölkerungsmehrheit weiter erhöhen können. (XNA, 11./27.8.1999)

Die Zahl der Angehörigen ethnischer Minderheiten sei von 35 Mio. (1953) auf heute knapp 110 Mio. gewachsen. Die Lebenserwartung habe sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den von ethnischen Minderheiten besiedelten Regionen habe seit 1952 im Jahresdurchschnitt 10,5% betragen. Allein in den letzten drei Jahren habe die chinesische Zentralregierung Finanzmittel in Höhe von 336 Mrd. Yuan in diese Regionen gelenkt. 1998 seien 10% der gesamten Inlandsinvestitionen den Siedlungsräumen ethnischer Minderheiten zugute gekommen.

Nach Einschätzung der chinesischen Regierung herrschen gute Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in der VR China. Jiang Zemin vertritt die Auffassung, daß Chinas Minderheitenpolitik im weltweiten Vergleich „die beste und erfolgreichste“ sei. China könne als Modell für andere Länder in der Bewältigung von Minderheitenfragen dienen.

In der VR China gibt es heute fünf Autonome Regionen, 30 Autonome Bezirke und 120 Autonome Kreise. Die Spitzenfunktionäre der Regierungen in diesen Territorien gehören fast immer einer dort lebenden ethnischen Minderheit an, sind jedoch zugleich stets Mitglied in der Kommunistischen Partei Chinas. An der Spitze der parallel existierenden Parteikomitees, deren Sekretär in der Parteihierarchie einen höheren Rang einnimmt als der Regierungschef der gleichen Ebene, stehen jedoch häufig *han*-chinesische Funktionäre. Die unitarisch organisierte Kommunistische Partei - nicht der Regierungsapparat - bildet das

tragende Fundament für den multinationalen Einheitsstaat der VR China. -hei-

9 Gerichtsreformen: Politisch unabhängige Rechtsprechung nicht gewünscht

Auf einer Konferenz der Richter aus den Oberen Volksgerichten (diese auf Provinzebene angesiedelten Gerichte bilden die zweihöchste Hierarchiestufe im chinesischen Gerichtssystem) hat der Präsident des Obersten Volksgerichts, der ehemalige Justizminister Xiao Yang, weiterführende Reformen im System der Volksgerichte dargelegt. Die Reformen sollen auf bereits in den Vorjahren eingeleiteten Schritten - insbesondere Zulassung der Öffentlichkeit und Neuregelung des gerichtlichen Verfahrensablaufs sowie striktere Kriterien bei der Examinierung und Beförderung von Richtern - aufbauen. (*Fazhi Ribao*, 6.8.1999)

Xiao Yang machte zugleich deutlich, daß trotz aller Reformen in der internen Organisation der Gerichte weiterhin das Prinzip gelte, daß die Kommunistische Partei die Aufsicht über die „Kader“ (*Dang guan ganbu*) im Gerichtssystem wahrnehme. Die politische Führung durch die Kommunistische Partei bleibe unantastbar. Das von westlichen Ländern propagierte Prinzip der Gewaltenteilung mit einer „sogenannten Unabhängigkeit der Justiz“ werde in der VR China keinesfalls praktiziert.

In begleitenden Leitartikeln der *Rechtsordnungszeitung*, die dem Justizministerium zugeordnet ist, wurde diese Absage an westliche Modelle jedoch abgemildert: „Moderne Rechtsstaaten“ hätten eine große Vielfalt von Regelungen zur Leistungsverbesserung und Kontrolle der Justiz entwickelt, von denen China lernen könne. Insbesondere die Zulassung der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen habe sich als äußerst wirksames Mittel zur „demokratischen Kontrolle“ und zur „Sicherung der Menschenrechte“ erwiesen. (*Fazhi Ribao*, 23.8.1999) -hei-

10 Vollstreckung von Gerichtsurteilen soll verbessert werden

Eines der Kernprobleme in der Reform des chinesischen Justizsystems besteht in der lückenhaften und inkonsequenten Vollstreckung von Gerichtsurteilen. Diesem Problem widmen Parteizentrale und Staatsrat nun verstärkt ihre Aufmerksamkeit. Auf einer Mitte August abgehaltenen Nationalen Telekonferenz legte der Sekretär der ZK-Kommission für Politik und Recht, das Politbüro-Mitglied Luo Gan, mit bemerkenswerter Offenheit die Ursachen für die Defizite bei der Urteilsvollstreckung dar: „Protektionismus“ (*baohu zhuyi*) durch lokale Regierungsstellen oder auch durch überregional zuständige Fachbehörden, die ihre Interessen durch Gerichtsurteile verletzt sehen und deswegen die Vollstreckung dieser Urteile verhindern oder umgehen.

Luo Gan erwähnte neben den Rechtsverletzungen durch staatliche Organe auch ausdrücklich die Mißachtung von Gerichtsurteilen durch Organe der Bewaffneten Volkspolizei und der Volksbefreiungsarmee (Vertreter der Politischen Hauptabteilung der Volksbefreiungsarmee nahmen ebenfalls an der Telekonferenz teil). Die bewaffneten Organe konnten sich bislang in einem rechtsfreien Raum bewegen und es sich erlauben, die zivile Gerichtsbarkeit weitgehend zu ignorieren. Auch Unternehmen widersetzen sich aber häufig der Durchsetzung von Gerichtsurteilen: Luo Gan weist auf Fälle hin, in denen Unternehmensleitungen, die ein für sie ungünstiges Gerichtsurteil nicht hinnehmen wollten, ihre Belegschaft dazu aufwiegelten, gewaltsam Widerstand gegen die Vollstreckung des Urteils zu leisten.

Bei der konsequenten Vollstreckung von Gerichtsurteilen gehe es - so Luo Gan - um nichts weniger als um die „Aufrechterhaltung der Einheit und Würde des sozialistischen Rechtssystems“ sowie „der sozialistischen Marktwirtschaftsordnung und der sozialen Stabilität“. Deshalb trage jeder Führungskader in KPCh oder Regierung dafür Verantwortung, die Autorität der Gerichte und die Durchsetzung von Gerichtsurteilen zu unterstützen, sobald dies erforderlich werde. Eine wirksamere Vollstreckung

von Gerichtsurteilen sei ein Schwerpunkt der Rechts- und Justizarbeit im zweiten Halbjahr 1999. (*Fazhi Ribao*, 14.8.1999) Zu diesem Zweck soll auch ein „neues System“ zur besseren Aufsicht und Unterstützung der Gerichte bei der Urteilsvollstreckung eingeführt werden. (*Fazhi Ribao*, 9.8.1999) -hei-

11 KP-Kommissionen für Politik und Recht sollen ihre Aufsichts- und Beratungsfunktionen ausbauen

Die Kommissionen für Politik und Recht (*zhengfa weiyuanhui*), die auf den verschiedenen Hierarchiestufen der Kommunistischen Partei für die politische Aufsicht über das Justizsystem zuständig sind, sollen ihre „Aufsichts- und Informationstätigkeit“ (*ducha, xinxi gongzuo*) verstärken. Seit 1996 bildet die Kontrolle von Mißständen im Gesetzesvollzug einen Schwerpunkt in der Arbeit der KP-Kommissionen für Politik und Recht (vgl. C.a. 1999/9, S.838-839; *Fazhi Ribao*, 12.9.1997)

Auf einer von der ZK-Kommission für Politik und Recht veranstalteten nationalen Konferenz in Yinchuan (Autonome Region Ningxia) wurde nun die zentrale Rolle der Kommissionen für Politik und Recht nicht nur in der Aufsicht über Justiz und Polizei, sondern insbesondere in der Informationsbeschaffung für die Entscheidungsträger und Entscheidungsgremien der KPCh hervorgehoben. Die Kommissionen müßten „Formalismus“ und „Bürokratismus“ überwinden. Sie sollen Parteikomitees und Regierungen nicht nur umgehend über Mißstände im Justizwesen informieren, sondern auch Vorschläge zur Behebung dieser Mißstände machen und damit zu „Stabsberatern“ (*canmou zhushou*) der Entscheidungsorgane werden. (*Fazhi Ribao*, 24.8.1999)

Die Ausweitung der Kompetenzen der Kommissionen für Politik und Recht ist ein Versuch, die ohnehin schon umfassenden formalen Kontroll- und Aufsichtsstrukturen innerhalb des Parteistaates zu stärken und die Informationswege zu den politischen Entscheidungsträgern zu verkürzen. Angesichts des offenkundigen Versagens der formalen Aufsichtsorgane in zentralen Feldern - nicht nur in der

Korruptionsbekämpfung, sondern allgemein im Hinblick auf die Mißachtung nationaler Gesetze und Verordnungen durch lokale Regierungsorgane - ist nicht zu erwarten, daß eine Aufwertung der Kommissionen für Politik und Recht ein Mittel zur Abhilfe für diese Mißstände sein könnte. -hei-

12 Regierungsfeindliche Bauernorganisation in Chongqing zerschlagen

Nach Informationen des Hongkonger Informationszentrums für Menschenrechte ist in der Regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing, zu der weitläufige ländliche Gebiete gehören, kürzlich eine regierungsfeindliche Organisation von Bauern durch die Polizei zerschlagen worden. (NZZ, 27.8.1999)

Schon im Juni 1998 soll der 52jährige Anführer Yang Jiahua zusammen mit sieben anderen Hauptaktivisten eine „reaktionäre Organisation“ namens „Yangzi-Kolonie“ gegründet haben, die offenbar rasch weitere Mitglieder gewann. Ziel der Organisation war die Mobilisierung von Bauern und Arbeitern zur Anprangerung und Bekämpfung der Korruption in China. In mehr als zwanzig ländlichen Orten im Umland Chongqings sollen Parolen aufgetaucht sein, in denen die Kommunistische Partei und die Regierung als vollständig korrupt und verrotten kritisiert wurden.

Yang Jiahua soll auch der Initiator einer lokalen Flugblatt-Kampagne gewesen sein, mit der zum zehnten Jahrestag des Militäreinsatzes gegen Demonstranten in Beijing 1989 eine Neubewertung der Ereignisse gefordert wurde. Im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten sollen neben Yang noch rund zwanzig andere ländliche Aktivisten verhaftet worden sein, denen nun zum Teil eine Anklage wegen versuchten Umsturzes der Regierung droht. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Beschluß über die Stärkung technologischer Innovation und die Entwicklung der Hochtechnologie

Am 20. August 1999 haben das ZK der KPCh und der Staatsrat einen „Beschluß über die Stärkung der technologischen Innovation, die Entwicklung der Hochtechnologie und deren produktive Umsetzung“ verabschiedet. Der Beschluß, den die Medien am 25. August veröffentlichten (vgl. RMRB, GMRB, 25.8.99), lag somit rechtzeitig zu der vom 23.-26. August in Beijing stattfindenden nationalen Konferenz über technologische Innovation vor. Die Konferenz, die gemeinsam von ZK und Staatsrat veranstaltet wurde, hatte zum Ziel, den Teilnehmern (u.a. Partei- und Regierungsvertreter der Provinzen, Vertreter zentraler Ministerien sowie von Verbänden, aus Wissenschaft und Wirtschaft) die Dringlichkeit der Durchsetzung des Beschlusses klarzumachen und für die Verwirklichung der seit 1995 propagierten Strategie zu werben, durch Wissenschaft und Bildung dem Land den Aufschwung zu bringen (vgl. RMRB, GMRB, 24.8.99). In seiner Eröffnungsrede am ersten Tag führte Jiang Zemin aus, daß die Realisierung dieser Strategie ebenso wie die Stärkung der technologischen Innovationsfähigkeit entscheidende Faktoren nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Lebensumstände, sondern auch für die Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität und Sicherheit Chinas seien. Zugleich erläuterte er, daß technologische Innovationen und deren produktive Umsetzung Chinas nationale Stärke und internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken würden (ebd.).

Die gleichen Botschaften werden in dem Beschluß übermittelt. Dieser wird als autoritative Richtlinie für den weiteren Modernisierungskurs zu Beginn des 21. Jahrhunderts gesehen, in dem die wirtschaftliche Entwicklung

eine neue, durch technologische Innovationen gekennzeichnete Stufe erreichen soll. In der Einleitung zu dem Beschluß heißt es, daß der Wettbewerb zwischen den Nationen der Welt hauptsächlich durch wirtschaftliche Stärke, nationales Verteidigungspotential und die Stärke des nationalen Zusammenhalts bestimmt und auf dem Gebiet neuer Technologien und der Hochtechnologie entschieden würde. Es wird auf die großen wissenschaftlich-technischen Leistungen Chinas in den vergangenen fünfzig Jahren hingewiesen, zugleich aber auch auf gravierende Probleme verwiesen. So werden vor allem die unzureichende praktische Umsetzung von Wissenschaft und Technik und der geringe Grad der Vermarktung von neuen und Hightech-Ergebnissen bemängelt. Zur Behebung dieses Mankos werden in dem Beschluß technische Innovationen, die Entwicklung von Hochtechnologie und deren praktische Umsetzung gefordert. Diese Maßnahmen sollen die gesamte Volkswirtschaft auf ein höheres Niveau bringen und die gesamte Nation stärken. Schon diesen kurzen Ausführungen in der Einleitung ist zu entnehmen, daß es China darum geht, im neuen Jahrhundert den Status einer Weltmacht einzunehmen, der nicht nur wie bisher aus der Größe des Landes und seiner Bevölkerung abgeleitet wird, sondern aus seiner wirtschaftlichen, auf Wissenschaft und Technologie gegründeten Stärke.

Der Beschluß gliedert sich in vier Kapitel und 15 Punkte. Im ersten Kapitel geht es um die Inhalte technologischer Innovation. Diese bezieht sich auf die Anwendung innovativen Wissens, neuer Technologien und neuer Arbeitstechniken, neuer Produktionsmethoden und neuer Formen des Betriebsmanagements, die der Qualitätssteigerung, der Reform traditioneller Industrien sowie der Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte dienen sollen. Als wichtige Voraussetzungen für technologische Innovation werden die Fortsetzung der institutionellen Reformen, die Ausrichtung von Forschung und Entwicklung auf den Markt, eine schnellere Umsetzung und ein flexiblerer Einsatz der Ressourcen in Wissenschaft und Technik gefordert. Als unerlässlich wird die weitere Öffnung zum Ausland angese-